

ERKLÄRUNG VON ANABEL L. DWYER

Landgericht Koblenz

Aktenzeichen 13 Ns 2010 Js 58474/17

In re: Berufung von Gerd Friedrich Büntzly zur Verurteilung wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung am Amtsgericht Cochem, Aktenzeichen 3 Ds2010 Js 58474/17.

Angeklager: Gerd Friedrich Büntzly.

Geboren 30.09.1949 in Herne, Nationalität: Deutsch. Adresse: Lützowstrasse 24, 32052 Herford.

Anabel L. Dwyer erklärt gemäß ihrer Kenntnisse und Überzeugungen folgendes:

Einführung und Zusammenfassung der Erklärung

A. Ich wurde gebeten, meine Auffassung zur grundsätzlichen Gesetzwidrigkeit (Illegalität und Verbrechen) von Planung, Vorbereitung, Besitz, Stationierung, der Drohung mit oder dem Gebrauch der zwanzig Nuklearbomben B61s (50-70 Kilotonnen) auf dem Fliegerhorst Büchel in Deutschland abzugeben, sowie zum Recht oder der Pflicht von Staatsbürgern, sich gewaltfrei oder symbolisch solchen Verletzungen der Regeln und Prinzipien der Menschenrechte oder der Nürnberger Prinzipien zu widersetzen.

B. Diese Erklärung zeigt und kommt schlussendlich zu folgendem Urteil:

1. Die Vereinigten Staaten (USA), Deutschland und die NATO wissen, dass jede einzelne B61-Nuklearbombe entworfen und mit der Absicht produziert worden ist, unkontrollierbar und wahllos Hitze, Explosion und Strahlung freizusetzen. Daher verletzt jede Planung, Vorbereitung, jeder Besitz, jede Stationierung, Drohung mit oder Einsatz von jeder Variante der B61-Nuklearbombe in der Tat bestimmte Gesetzesregeln, eingeschlossen das Kriegsrecht, die Regeln und Prinzipien des Menschenrechtes oder die Nürnberger Prinzipien.

2. Die USA und Deutschland brechen die Verpflichtung zur Abrüstung des Nichtweiterverbreitungsvertrags (NPT), Art. VI und die Verbote aus Artikel I und II einer "nuklearen Teilhabe" durch fortdauernde Planung, Vorbereitung, Besitz, Stationierung, Drohung mit oder Einsatz der B61-Nuklearbombe auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel.

3. Es ist meine Überzeugung, dass Gerd Friedrich Büntzly zu Recht darauf besteht, seine Verurteilung zu revidieren, weil alle Staatsbürger der USA, Deutschland oder anderen Natoländern, die etwas über die Planung, Vorbereitung, Besitz, Stationierung, Bedrohung mit oder Einsatz der wahllosen und unkontrollierbaren B61-Nuklearbomben auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel wissen, das Recht oder die Pflicht haben, gewaltfrei oder symbolisch sich der Mittäterschaft mit den unüberschreitbaren Verbrechen, die diesen Kernwaffen inhärent sind, zu widersetzen.

Meine Qualifikationen für diese Erklärung:

Mein akademischer Grad ist der einer Dr. jur, ich bin Mitglied der Staatsregierung des Staates Michigan und seiner internationalen Gerichtssektion und habe 30 Jahre juristische Seminare studiert und gelehrt sowie umfangreich zu Kernwaffen und Kriegsrecht Vorlesungen gehalten. Ich bin Mitglied des leitenden Gremiums des Komitees der Rechtsanwälte zu Nuklearpolitik. Ich war Mitglied des Rechtsausschusses der internationalen Vereinigung der Rechtsanwälte gegen die Kernwaffen für das Projekt des Weltgerichtshofs während der mündlichen Verhandlungen von 1995 vor dem Internationalen Gerichtshof (International Court of Justice, ICJ) zur "Legalität der Drohung mit oder des Einsatzes von Kernwaffen" und beziehe mich auf die beratende Stellungnahme des ICJ und die individuellen Stellungnahmen und Erklärungen der Richter als die Erklärungen mit der höchsten Autorität zu Gesetz und gesetzlichen Verpflichtungen in Bezug auf Kernwaffen.¹ Ich war Mitglied beim Entwurfskomitee für die Musterkonvention zu Kernwaffen. Ich besitze ein Zertifikat von der Akademie des Internationalen Rechts in Den Haag in Öffentlichem Internationalen Recht und habe in der Bibliothek des Friedenspalasts von Den Haag weit reichende Forschungen als beigezogene Beraterin für die Nürnberg-Kampagne von Michigan angestellt. Ich habe als Rechtsanwältin der Verteidigung in sechs Fällen von Plowshare-Gruppen und anderen Fällen Zivilen Ungehorsams mitgewirkt und war leitende Autorin eines ausführlichen Schriftsatzes zur Unterstützung einer Bürgerpetition an die staatlichen und Bundesbehörden mit dem Titel: "In re: Request for Investigation/Prosecution of Officers and Directors of Williams International Corporation and Commanders of Wurtsmith Air Force Base (Headquarters of the Strategic Air Command 40th Air Division, 379th Bombardment Wing in Oscoda, Michigan."² Eine genauere Zusammenfassung folgt unten.

Fragen

I. Die USA, Deutschland und die Nato wissen, dass jede einzelne B61-3 und B61-4-Nuklearbombe entworfen und mit der Absicht produziert worden ist, unkontrollierbare und wahllose Hitze, Explosion und Strahlung freizusetzen. Die B61-3 ist eine Nuklearwaffe von 170 Kilotonnen. Die B61-4 ist eine Waffe von 50 Kilotonnen.³ Daher verletzt jede Planung, Vorbereitung, jeder Besitz, jede Stationierung, Bedrohung mit oder Einsatz von jeder Variante der B61-Nuklearbombe in der Tat bestimmte Gesetzesregeln, eingeschlossen die Gesetze des Krieges, die Regeln und Prinzipien des Menschenrechtes oder die Nürnberger Prinzipien.

A. Es ist meine Überzeugung, dass der Internationale Gerichtshof (ICJ Reports, 8 July 1996) unübertroffen klar gestellt hat, dass die Kernwaffen einschließlich jeder Variante der B61 und das Kriegsrecht nicht koexistieren können. Die grundlegenden Rechte und Prinzipien des humanitären Rechtes oder die spezifischen Gesetze des Krieges, die den Einsatz von Gewalt begrenzen, sind ebenso unabweisbares und bindendes internationales Recht, wie sie das Recht der USA und Deutschlands binden. Kein deutsches Statut, kein Vertrag, keine Übereinkunft kann so interpretiert werden, diese Kriegsgesetze außer Kraft zu setzen oder ihren Bruch zu autorisieren, noch können

1 International Court of Justice Advisory Opinion, "Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons," (ICJ Reports), 8 July 1996, General List No.95.

2 Michigan Faith and Resistance, Michigan Nuremburg Campaign Brief (103 pgs.) & Declarations <https://www.dropbox.com/s/ra0sj24ki7dte5d/Brief%20for%20The%20Nuremberg%20Campaign.pdf?dl=0>
RamseyClark'sTestimonyAnnotated. <https://www.dropbox.com/s/4gwe0ur5dfu6mq/ClarkTestimonyAnnotated.pdf?dl=0>

3 Hans M. Kristensen & Robert S. Norris "The B61 family of nuclear bombs," Bulletin of the Atomic Scientists, Vo. 70, No.3, pp. 79-84 (1 May 2014), DOI: 10.1177/0096340214531546; Published online: 27 Nov 2015.

gültige Verträge für Waffen oder Waffensysteme geschlossen werden, die kategorisch diese Grundrechte verletzen.

B. Es ist selbstverständlich, dass alle Regeln des Rechts sich auf Fakten beziehen. Die USA, Deutschland und die Nato erarbeiten, stationieren und drohen auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel mit 20 B61-Nuklearbomben, von denen jede mindestens dreimal der Hitze, Explosionskraft und Strahlung der Hiroshimabombe entspricht, mit klarem Verständnis ihrer katastrophalen Wirkungen.

1. Die Studie "The Effects of Nuclear War" des Verteidigungsdepartements (DOD) von 1950 stützte sich in Teilen auf die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission der Opfer der US-Atombombe in "Studien" von Überlebenden der atomaren Verbrennung von Hiroshima und Nagasaki, in denen als unmittelbare Wirkung 200.000 Menschen bis Ende 1945 starben. Zahlreiche Studien über die sog. Hibakusha und über die Wirkungen von Nukleartests wurden im Zeugnis der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki sowie von Lijon Eknilang von den Marshall-Inseln bei den mündlichen Vorträgen vor dem Internationalen Gerichtshof zusammengefasst und werden in der Meinung des Richters C. G. Weeramantry zusammengefasst.⁴

2. Eine neue Studie kommt zum Schluss, dass der Einsatz von nur 100 Kernwaffen in der Größenordnung der Hiroshimabombe einen nuklearen Winter hervorrufen und "das fortdauernde Überleben eines Großteils der Menschheit bedrohen würde."⁵

3. Der Internationale Gerichtshof beschrieb die bekannten und beabsichtigten Wirkungen jeder nuklearen Waffe: "Die Zerstörungskraft von Kernwaffen kann weder in Raum noch in der Zeit eingegrenzt werden. Sie haben das Potential, die gesamte Zivilisation und das gesamte Ökosystem des Planeten zu zerstören. Die von einer Nuklearexplosion freigesetzte Strahlung würde über eine große Fläche Gesundheit, Landwirtschaft, natürliche Ressourcen und Demographie in Mitleidenschaft ziehen. Weiterhin wäre der Einsatz von Kernwaffen eine ernste Gefahr für zukünftige Generationen. Ionisierende Strahlung hat das Potential, die zukünftige Umwelt, Nahrung und das Ökosystem der Meere zu beschädigen und in künftigen Generationen genetische Defekte und Krankheit zu verursachen." (ICJ Reports, 8 July 1996, § 35)

C. Bis zu diesem Zeitpunkt gibt keine wirkliche Bestreitung der Tatsachen. Alle Kernwaffen sind ipso facto wahllos und unkontrollierbar und verletzen so kategorisch die Regeln und Prinzipien des Humanitärrechts. Diese grundsätzlichen und unüberschreitbaren Regeln sind gleichermaßen streng konventionelle und Gewohnheitsrechte des internationalen Rechts, wie sie gewöhnliche und grundlegende Gesetze der USA und Deutschlands sind.

1. Wie vom ICJ ausgeführt, gehört zu den grundsätzlichen Rechten und Prinzipien des humanitären Völkerrechts, die die auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel vorbereiteten oder stationierten Waffen verbieten, folgendes:

a) "Staaten dürfen niemals Zivilisten zum Objekt von Angriffen machen und dürfen folglich niemals Waffen verwenden, die unfähig sind, zwischen zivilen und militärischen Zielen zu unterscheiden" (ICJ Reports, § 78). Eine logische Konsequenz ist, dass es verboten ist, Waffen einzusetzen, die unkontrollierbare Wirkungen verursachen [1977 Protocol I to the Geneva

4c.f. ICJ Reports (8 July 1996, pp. 213 ff.) Kurz gefasst ist jede B61-Nuklearbombe entworfen und intendiert für die Vorbereitung, die Drohung mit oder die Begehung von Massenmord, um Kombattanten und Zivilpersonen unnötige Leiden und Opfer zuzufügen, ist von ihrem Wesen her wahllos, unfähig, zwischen militärischen und zivilen Zielen zu unterscheiden, wird bei zahlreichen Menschen der Feindbevölkerung Krebs, Narbengeschwüre oder Leukämie verursachen sowie vorgeburtliche Missbildungen und geistige Behinderung bei ungeborenen Kindern verursachen sowie die Nahrungsvorräte der Feindbevölkerung oder der Bevölkerung von Ländern, die mit dem Konflikt nichts zu tun haben, vergiften.

5"Self-Assured Destruction: The Climate Impacts of Nuclear War," Alan Robock and Owen Brian Toon, Bulletin of the Atomic Scientists, Vol. 68, No. 5, 1 September 2012.

Conventions, Art. 51(4)]. Der Einsatz einer US-Nuklearwaffe ist per se gesetzeswidrig, denn auch wenn sie auf militärische Objekte gezielt wird, sind die Wirkungen weiterhin wahllos und unkontrollierbar.

b) “Es ist verboten, Kombattanten unnötige Leiden zuzufügen: es ist demgemäß verboten, Waffen einzusetzen, die ihnen solche Leiden verursachen oder nutzlos ihr Leiden vergrößern.” [ICJ Op., § 78; Haager Konvention von 1907 IV, Art. 23(e)]. Der Abschnitt 18 USC 2441 hat direkt Schlüsselvorsorge wie folgt: (2) ist verboten von den Artikeln 23, 25, 27, oder 28 des Zusatzes IV zur Konvention von Den Haag, Einhaltung der Gesetze und Regeln des Landkriegs, unterzeichnet am 18. Oktober 1907.

c) Die “Martensklausele” begründet ebenfalls ein grundsätzliches Recht. “In Fällen, die nicht von diesem Protokoll oder anderen internationalen Vereinbarungen erfasst sind, verbleiben Zivilisten und Kombattanten unter dem Schutz und der Autorität der Prinzipien des internationalen Rechts, die von gängigem Gewohnheitsrecht, von den Prinzipien der Humanität und den Diktaten des öffentlichen Gewissens abgeleitet sind.” (ICJ Reports, 8 July 1996, § 78)

d) “Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass wie im Fall der Prinzipien des humanitären Völkerrechts, die auf bewaffnete Konflikte anzuwenden sind [die nicht kriegführende Staaten vor feindlichem Einfall oder Schaden an den Grenzen schützen], das internationale Recht keinen Zweifel lässt, dass das Prinzip der Neutralität,... das von fundamentalem Charakter ist ähnlich wie das der humanitären Prinzipien und Gesetze, anzuwenden ist ... auf alle internationalen bewaffneten Konflikte, welche Art von Waffen auch verwendet wird.” (ICJ Reports, 8 July 1996, § 89)

e) Weiterhin müssen diese grundsätzlichen Rechte von allen Staaten beobachtet werden, ob sie nun die Konventionen, in denen sie sich befinden, ratifiziert haben oder nicht, denn sie bilden unübersteigbare Prinzipien des internationalen Gewohnheitsrechts.” (ICJ Reports, 8 July 1996, § 79)

f) “Wenn ein ins Auge gefasster Einsatz von Waffen sich nicht mit den Anforderungen des humanitären Völkerrechts deckt, würde eine Drohung mit solch einem Einsatz ebenso diesem Gesetz widersprechen.” (ICJ Op., § 78) Jeder Einsatz zur Selbstverteidigung oder als Repressalie würde gleichermaßen aus denselben Gründen gesetzeswidrig sein.

2. Da jeder Einsatz irgendeiner Variante der B61-Nuklearbombe wahllos und unnötige Qualen verursachen würde, ist die Drohung mit einem solchen Einsatz gleichermaßen ungesetzlich (illegal und verbrecherisch). Die spezifische Absicht aller Pläne und Vorbereitungen für eine Drohung oder den Einsatz einer Nuklearwaffe, eingeschlossen jede Produktion, Reparatur, Ersatz oder Stationierung ist es, gewaltiges und unkontrollierbares Leiden, Tod und Verwüstung der Umwelt zuzufügen; die Planung, Vorbereitung oder Verschwörung für die Drohung oder den Einsatz dieser Nuklearbomben ist ebenso ungesetzlich, das heißt sowohl illegal wie verbrecherisch, wie definiert von der Charta von Nürnberg und angewendet von den Nürnberger Gerichten.⁶

⁶*Yearbook of the International Law Commission, 1950, vol. II, para. 97. Principle VI*, Die hier genannten Verbrechen sind strafbar als Verbrechen unter internationalem Recht: (a) Verbrechen gegen den Frieden: (i) Planung, Vorbereitung, Beginn oder Führung eines Aggressionskrieges in Verletzung internationaler Verträge, Übereinkünfte oder Versicherungen; (ii) Teilnahme an einem gemeinsamen Plan oder einer Verschwörung für die Ausführung eines der unter (i) genannten Akte. (b) Kriegsverbrechen. Verbrechen der Gesetze oder Gewohnheitsrechte des Krieges, eingeschlossen, aber nicht begrenzt auf Mord, schlechte Behandlung oder Verschleppung zu Sklavenarbeit oder für sonst einen Zweck an ziviler Bevölkerung von oder in einem besetzten Territorium, Mord oder schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen, Personen auf dem Meer, Tötung von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung von Großstädten, Städten oder Dörfern oder Verwüstung, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist. (c) Verbrechen gegen die Menschheit: Mord, Vernichtung, Versklavung, Verschleppung und andere inhumane Akte gegen eine Zivilbevölkerung oder Verfolgungen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen, wenn solche Akte oder Verfolgungen ausgeführt werden in Ausführung oder Verbindung mit einem Verbrechen gegen den Frieden oder ein Kriegsverbrechen. *Prinzip VII* Mittäterschaft bei der Begehung eines Verbrechens gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschheit wie ausgeführt in Prinzip VI ist ein Verbrechen unter internationalem Recht.

Das Urteil des Nürnberger Internationalen Militärtribunals verhängte 1946 schwere Strafen gegen Individuen, die bei ihrem Handeln in voller Übereinstimmung mit ihrem nationalen Recht, aber ohne Rücksicht auf die Begrenzungen des internationalen Rechtes, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden, wie definiert in ihrer Charta, begangen hatten. 6 FRD 69 (1948). Diese Charta ist als Gesetz der Vereinigten Staaten beschlossen worden, 59 Stat. 5144 (1945) und zu Kriegsverbrechen 18 USC 2441. Als natürliche Folge privilegiert das Nürnberger Urteil alle Bürger von Nationen, die in Kriegsverbrechen verstrickt sind, in einer maßvollen, aber wirksamen Weise zu handeln, um die fortdauernde Begehung solcher Verbrechen zu verhindern. Dasselbe Nürnberg-Privileg wird im Artikel 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs anerkannt ("Allgemeine Gesetzesprinzipien, die von allen zivilisierten Nationen anerkannt sind"), das als Vertrag von den Vereinigten Staaten und Deutschland angenommen worden ist. Weiterhin hat Deutschland auch die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes als verpflichtend anerkannt.

3. Diese [völkerrechtlichen] Bestimmungen sind gleichermaßen in Zeiten formellen Friedens wie zu Kriegszeiten gültig. Wenn man die beabsichtigten Wirkungen jeder Version der B61 Atombombe⁷ und jede mögliche Alternative ihres Einsatzes redlich bewertet, kommt man unweigerlich zu der zwingenden Schlussfolgerung, dass jede Explosion einer solchen Bombe die Bestimmungen und Grundsätze des Völkerrechts, die für und während bewaffneter Konflikte gelten, verletzen würde.

4. Die Verpflichtung, den grundlegenden Regeln und Prinzipien des Humanitären Völkerrechts zu genügen, ist „elementar“ und „darf niemals verletzt werden“, ist somit unabweisbar. Diese bindenden Verpflichtungen wirken „erga omnes“, also absolut gegenüber Jedermann, und sind „ein Anliegen aller Staaten, und alle Staaten haben ein rechtliches Interesse daran, dass diese Regeln beachtet werden.“⁸

5. Zwar gibt es zur Zeit noch kein völkerrechtliches Abkommen, das konkrete Schritte zur Abschaffung aller Kernwaffen vorsieht, aber der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (NVV) aus dem Jahr 2017 wird Bestandteil des Völkerrechts, sobald weitere 31 Staaten ihn ratifiziert haben. Kein Vertrag oder auch das Fehlen eines solchen völkerrechtlichen Vertrages kann jedoch zum Einsatz, zur Drohung [mit ihrem Einsatz], zur Herstellung oder Vorbereitung solcher Waffen berechtigen, die nach dem Kriegsvölkerrecht einer verbotenen Waffenkategorie zugerechnet werden. Das Londoner Statut⁹ und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse stellen klar, dass diese Regeln und Grundsätze entgegengesetztem nationalem Recht vorgehen.

II. Die Vereinigten Staaten und Deutschland verstoßen gegen Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages von Kernwaffen (NVV), der die Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung vorschreibt, und gegen Artikel I und II dieses Vertrages, die die „nukleare Teilhabe“ durch fortgesetzte Planung, Vorbereitung, den Besitz, die Stationierung, den Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz der B61 Atombomben in dem Luftwaffenstützpunkt Büchel verbieten.

Die Erkenntnis, dass Kernwaffen wegen ihrer inhärenten unterschiedslosen und unkontrollierbaren Auswirkungen elementar [völker]rechtswidrig sind, wie das oben in Abschnitt I ausgeführt wurde,

⁷Siehe: US Nuclear Forces 2010, Bulletin of the Atomic Scientists www.THEBULLETIN.org Mai/Juni 2010; "The B61 family of nuclear bombs," Hans M. Kristensen and Robert S. Norris, Bulletin of Atomic Scientists, Nuclear Notebook, 2014, Vol.70, No. 3, veröffentlicht online am 27. Nov. 2015, Seiten 79-84.

⁸ Barcelona Traction (ICJ Reports 1970) and The Wall case (2004 ICJ Reports), zitiert nach: Singh and Chinkin, The Maintenance and Possible Replacement of the Trident Nuclear Missile System, Peacemakers, Matrix Chambers Gray's Inn, London, 2005, § 23

^{9a} Anmerkung des Übersetzers (vollständiger amtlicher Titel: *Londoner Viermächte-Abkommen vom 8. August 1945*, auch **Londoner Charta** oder **Nürnberger Charta**)

hat zu der formellen Verpflichtung zur nuklearen und allgemeinen und vollständigen Abrüstung geführt.

- A. Der Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), den die Vereinigten Staaten und Deutschland ratifiziert haben, hat folgenden Wortlaut: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207392/b38bbdba4ef59ede2fec9e91f2a8179b/nvv-data.pdf>)

1. Der International Gerichtshof (IGH) hat einstimmig festgestellt: „Es besteht eine völkerrechtliche Verpflichtung, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen“ (ICJ Op 8 July 1996, § 105 (2) F.). Weiter hat der IGH festgestellt, dass die Verpflichtung zur Abrüstung nach Artikel 6 des NVV „für die heutige internationale Gemeinschaft ohne Zweifel ein Ziel vitaler Bedeutung bleibt“ (ICJ Reports, 8 Juli 1996, § 103); und dass diese Verpflichtung darüber hinausgeht, bloße Verhandlungen durchzuführen, um ein gewisses Ergebnis zu erzielen, sondern dass diese Verhandlungen „in redlicher Absicht“ zum „Abschluss gebracht werden müssen“ (ICJ Reports 8 Juli 1996 § 105).

2. Die Verpflichtung aus Artikel VI des NVV zu erfüllen, ist „wesentlich, um Ziel und Zweck dieses Vertrages zu erreichen⁹. Dieses Ziel ist in der Präambel des NVV festgehalten.¹⁰ Dementsprechend haben auch die Vereinigten Staaten und alle anderen Kernwaffenstaaten bei den Überprüfungskonferenzen zum NVV ihr fortbestehendes Anliegen bekundet, an dem humanitären Völkerrecht festzuhalten und konkrete Schritte zur Abrüstung zu unternehmen.

a. Das Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des NVV aus dem Jahr 2010, das von allen Vertragsstaaten angenommen worden ist, bestätigt erneut, „die tiefe Besorgnis der Vertragsstaaten über die zerstörerischen Folgen des Einsatzes von Kernwaffen und erneuert die Notwendigkeit für alle Staaten, das Völkerrecht, eingeschlossen das humanitäre Völkerrecht, strikt und jederzeit zu beachten.“

b. Das Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des NVV aus dem Jahr 2000 bekräftigt detailliert die Verpflichtung der Vertragsstaaten des NVV zur nuklearen Abrüstung, insbesondere zu uneingeschränkten praktischen Abrüstungsschritten der Kernwaffenstaaten, darunter konkrete Vereinbarungen, um den Einsatzstatus der nuklearen Waffensysteme weiter zu verringern.“ (Teil I, Art. VI, §§15.6 & 15.9).

c. In gleicher Weise ist die rechtliche Bedeutung des Begriffes „in redlicher Absicht“ gut dokumentiert.¹¹

d. Während offizielle Erklärungen vorgeben zu zeigen, dass die USA ihre Verpflichtung zu „Frieden und Sicherheit in einer von Kernwaffen freien Welt“⁸ erfüllen, kollidieren gewisse Praktiken mit einer solchen Verpflichtung. Diese schließen ein, dass die USA durch ihre Agentur DOE/NNSA weiterhin größere Verträge zur Produktion der B61-12⁹ abschließen, die geplant sind als Ersetzung für die B61 und somit klar das Gegenteil einer „unzweideutigen Bemühung durch die Kernwaffenstaaten, die völlige Abschaffung ihrer Kernwaffenarsenale zu erreichen“ (NPT, Artikel VI), und des Gegenstandes und Zweckes des NPT, der, wie in der Präambel verdeutlicht, einschließt, „wirksame Maßnahmen in Richtung auf nukleare Abrüstung zu ergreifen“.¹⁰

⁸Rede von Präsident Barack Obama in Prag am 5. April 2009

⁹ „Let’s Stop Taking Doomsday to the Bank“, John LaForge, Duluth Reader Weekly, January 2, 2019 (a list of corporations profiting from producing the B61-12 nuclear bomb)

¹⁰Op Cit, Singh & Chinkin, Matrix Chamber, Gray’s Inn, 2005 § 80

Zusätzlich handeln die USA und durch die Stationierung, Drohung mit oder den Einsatz der B61-Kernwaffen auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in direkter Verletzung der Artikel I und II des NVV. Artikel I, der Kernwaffenstaaten, die Parteien des NPT sind, verbietet, ihre Waffen mit nicht-nuklearwaffenstaaten zu teilen und Artikel II, der eine parallele Verpflichtung auf Seiten der nicht-Nuklearstaaten enthält, sie nicht zu empfangen.¹¹

III) Es ist meine Überzeugung, dass Gerd Friedrich Büntzly in korrekter Weise behauptet, dass seine Bestrafung rückgängig gemacht werden muss, weil alle Staatsbürger der USA, Deutschlands oder anderer NATO-Staaten, die von der Planung, Vorbereitung, dem Besitz, der Stationierung/Drohung oder Einsatz der wahllosen und unkontrollierbaren B61-Atombomben am Luftwaffenstützpunkt Büchel wissen, das Recht oder die Pflicht haben, gewaltfrei oder symbolisch die Mittäterschaft mit diesen wesentlich gesetzwidrigen Atombomben zu verweigern.

Das Nürnberger Tribunal machte es sehr deutlich, und alle Gerichte in Deutschland werden sicherlich anerkennen, dass die „gesetzliche Pflicht, dem internationalen Recht zu entsprechen, jeden Staatsbürger ebenso bindet wie gewöhnliches nationales Recht.“¹² Im Fall des Zyklon B lieferten die Angeklagten preußische Säure zum Einsatz in den Konzentrationslagern und wurden in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger als Komplize der Gesetzesbrüche verurteilt.

„Jeder Staatsbürger, der Komplize eines Bruches der Gesetze und Gewohnheitsregeln des Krieges ist, ist selbst ebenso verantwortlich wie ein Kriegsverbrecher.“¹³

Alles was die Personen, die mit diesem Fall zu tun hatten, sagten, ist: „Wir können, als Menschen oder Staatsbürger, nicht Komplizen in solchen ungeheuerlichen Verletzungen des Humanitärrechts und der Nürnberger Prinzipien sein. Wir können nicht Mittäter bei der täglichen Planung, Vorbereitung, dem Besitz, der Stationierung, Drohung mit oder Einsatz der 20 B61-Atombomben der USA auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel sein. Wir erklären unser Recht und unsere Pflicht, darauf hinzuweisen und rufen auf zu einer Beendigung dieser Verletzungen grundlegender Gesetze.“

Schlussfolgerung

Die selbstzerstörerische Leugnung der katastrophalen Wirkungen von Kernwaffen hat Militärinstitutionen und Regierungen dazu geführt, grundsätzliche humanitäre Gesetze und die Prinzipien von Nürnberg nicht mehr zu beachten, obwohl diese Gesetze und Prinzipien der Felsboden ihrer Legitimität sind und fest in ihren Verhaltensregeln eingeschlossen sind. Stattdessen dienen die USA und die NATO nun Unternehmungen, die fortdauernden Profit für nicht einsetzbare, nicht haltbare und gesetzwidrige Atomwaffen verlangen.

Die allgegenwärtige Fähigkeit von Atomwaffen zu regionalen und globalen Katastrophen sowie der Drohung damit verlangt, dass wir die Herrschaft des Gesetzes verstehen als verwirklicht durch Übereinkunft, nicht erzwungen durch immer noch größere gewalttätige Macht. Wir können das tun, indem wir in gutem Glauben vollständige atomare Abrüstung erreichen.

11“Nuclear Sharing in NATO: Is it Legal?”, Otfried Nassauer (Berlin Information Center for Transatlantic Security), in Science for Democratic Action, April 2001.

12Friedman, The Law of War a Documentary, Vol. UII, 1972, p. 1284

13UK v Tesch, Law Reports of the Trials of major war criminal, Vol. I, p. 93

Die Rolle der Gerichte im allgemeinen und dieses Gerichtes insbesondere bei der Lösung dieses zentralen Problems unserer Zeit kann nicht überbewertet werden. In meiner Auffassung kann und muss dieses Gericht die grundlegenden Regeln und Prinzipien des Rechts, wie oben aufgezeigt, aufrechterhalten und sich daran halten.

In meiner Auffassung kann und sollte dieses Gericht: diesem Angeklagten danken und seine Verurteilung aufheben; den USA, Deutschland und der NATO den Rat geben, sich an das Recht zu halten, indem sie alle Atomwaffen vom Luftwaffenstützpunkt Büchel abziehen; und empfehlen, dass Deutschland den Vertrag zum Verbot von Kernwaffen ratifiziert.

Ich erkläre unter Strafe des Meineids unter den Gesetzen der Vereinigten Staaten von Amerika, dass das oben Stehende wahr und korrekt ist.

Ausgefertigt am 11. Januar 2019 in Mackinaw City, Michigan

Signed:

Anabel L. Dwyer

Resume of Anabel L. Dwyer

1. I hold a J.D. from Thomas M. Cooley Law School and am a member of the State Bar of Michigan and its International Law Section. I have been employed as an Adjunct Professor of Human Rights and Humanitarian Law at T. M. Cooley Law School, as a research attorney for the Michigan Court of Appeals and for general practice attorneys in Michigan.
2. I was a member of the International Association of Lawyers Against Nuclear Arms' Legal Team for the World Court Project during the 1995 oral arguments before the International Court of Justice (ICJ) on the "Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons" (ICJ Reports, 8 July 1996). I was on the drafting committee for the Model Nuclear Weapons Convention. I hold a Certificate of Attendance from the 1990 Summer Session on Public International Law from The Hague Academy of International Law and am a Member of the Board of Directors of the Lawyers' Committee on Nuclear Policy.
3. For more than thirty years I have been teaching, lecturing and publishing on nuclear weapons and the rule of law. The rule of law we develop to secure and protect our lives and future cannot coexist with a "rule of law" which "justifies" nuclear weapons which threaten our existence.
4. My publications include: "How and Why International Law Prohibits The Use or Threat of Use of Nuclear Weapons and Applies to Michigan Courts, Ramsey Clark's Testimony Annotated," June 1991 (In People of Michigan v. Michelle Martin, et al (Michigan 52nd District 1st 88-003767 thru 88-003779, Mar. 16, 1989); "The Model Nuclear Weapons Convention: A Way out of the Nuclear Quagmire," MSU-DCL Journal of International Law, 9:2, Summer 2000; "U.S. Courts and Cases of U.S. Civil Resistance to Nuclear Weapons: Implementing a coherent rule of law," Waseda International Conference Commemorating the Hague International Peace Conference, Nuclear Weapons Abolition and the Law: Agenda and Actors, Waseda, Tokyo, August 1-2, 2001; "Courts and Universities as Institutions in the National Security State," A. Dwyer & D. Dwyer, In Democracy's Shadow: The secret world of national security, Raskin, Marcus G., and A. Carl LeVan, eds. 2005 New York: Nation Books; "From the ICJ (International Court of Justice) to the IJC (International Joint Commission on Great Lakes Water Quality), Abolishing Nuclear Weapons: Lawyers' Responsibilities"(Fall, 2009 Michigan International Lawyer); and "Nuclear Vulnerability", The Mail, The New Yorker, Apr.15, 2015. I am also co-editor of "This is My Homeland: Stories of the Effects of Nuclear Industries by People of Serpent River First Nation and the North shore of Lake Huron, Anishnabe Press, 2003. I have also signed and drafted numerous petitions including: "Immediate and Unconditional Release of the Y-12 13 Resisters" (Michigan Peace Network, 2011-2012).
5. I studied the details of the law and nuclear weapons for five months, in 1990, when I conducted extensive research at the Peace Palace Library in The Hague on international law and nuclear weapons. As a result I was co-counsel for The Michigan Nuremberg Campaign and lead author of an exhaustive Brief in Support of a Citizens' Petition to State and Federal Authorities entitled, "In re: Request for Investigation/Prosecution of Officers and Directors of Williams International Corporation (designers, testers and manufacturers of the cruise missile engine in Walled Lake Michigan) and Commanders of Wurtsmith Air Force Base (Headquarters of the Strategic Air Command 40th Air Division, 379th Bombardment Wing in Oscoda, Michigan)" (Michigan Faith and Resistance, 106 pgs., 8 Declarations, and 2 Exhibits, Aug. 6, 1991). The petitioners sought redress of grievances through investigation and prosecution of those named for conspiracy to produce, deploy and plan to use or threaten to use nuclear weapons in violation of international and domestic law. The result, whether directly or indirectly, was closure of Wurtsmith Air Force Base and

transfer of cruise missile engine manufacture outside of Michigan. Michigan Faith and Resistance, **Michigan** Nuremburg Campaign Brief (103 pgs.) & Declarations
<https://www.dropbox.com/s/ra0sj24ki7dte5d/Brief%20for%20The%20Nuremberg%20Campaign.pdf?dl=0> Ramsey Clark's Testimony Annotated
<https://www.dropbox.com/s/4gwe0ur5dfu6mq/ClarkTestimonyAnnotated.pdf?dl=0>

6. I have acted as and been admitted as a pro bono Advisory Defense Attorney in numerous cases involving non-violent or symbolic civil resistance to production, preparation, threat or use of US nuclear weapons.

7. I received a B.A. from Wellesley College and a Masters in Urban Planning (MUP) from Michigan State University. My 1979 Masters thesis "Planning for Energy Sustainable Futures" was based on community work at Urban Options, an ongoing Conservation and Appropriate Technologies Demonstration project in East Lansing Michigan. My full resume is available upon request.

ERKLÄRUNG VON ANABEL L. DWYER

Landgericht Koblenz
Aktenzeichen 13 Ns 2010 Js 58474/17

In re: Appeal by Gerd Friedrich Büntzly from trespass and destruction of property conviction (in District Court, Cochem, Aktenzeichen 3 Ds2010 Js 58474/17.

Defendant: Gerd Friedrich Büntzly.
Born 30.09.1949 in Herne, Nationality: German. Address: Lützwowstrasse 24, 32052 Herford.

Anabel L. Dwyer, upon information and belief, declares:

Introduction and Summary of Declaration

A. I have been asked to give my opinion on the fundamental unlawfulness (illegality and criminality) of planning, preparation, possession, deployment, threat or use of 20 B61s (50-170 kiloton) U.S. nuclear bombs at Büchel Air Force Base, Germany, and the right or duty of citizens to nonviolently or symbolically resist such violations of the rules and principles of humanitarian law or the Nuremberg Principles.

B. This Declaration shows and concludes:

1. The United States (U.S.), Germany and NATO know that each and every B61 nuclear bomb is designed and intended to unleash uncontrollable and indiscriminate heat, blast and radiation. Therefore, any planning, preparation, possession, deployment, threat or use of any variant of the B61 nuclear bombs, as a matter of known and intended fact, violates peremptory rules of law including the laws of war, the rules and principles of humanitarian law or the Nuremberg Principles.

2. The U.S. and Germany breach the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) Article VI disarmament obligation and NPT Articles I and II prohibitions against “nuclear sharing” by continuing planning, preparation, possession, deployment/threat or use of B61 nuclear bombs at Büchel Air Force Base.

3. It is my opinion that Gerd Friedrich Büntz ly correctly asserts that this conviction be reversed because all citizens of U.S., Germany or other NATO countries who know of the planning, preparation, possession, deployment/threat or use of the indiscriminate and uncontrollable B61 nuclear bombs at Büchel Air Force Base have a right or duty to nonviolently or symbolically resist complicity with the intransgressible crimes inherent in those nuclear bombs.

Qualifications to make this Declaration:

I hold a J.D., am a member of the State Bar of Michigan and its International Law Section and for 30 years have studied, taught law school seminars, and lectured widely on nuclear weapons and the rule of law. I am a Member of the Board of Directors of the Lawyers' Committee on Nuclear Policy. I was a member of the International Association of Lawyers Against Nuclear Arms' Legal Team for the World Court Project during the 1995 oral arguments before the International Court of Justice (ICJ) on the "Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons" and rely on the Advisory Opinion of the ICJ and the Individual Opinions and Declarations of the Judges as the most authoritative statements of the law and legal obligations regarding nuclear weapons.¹⁴ I was on the drafting committee for the Model Nuclear Weapons Convention. I hold a Certificate in Public International Law from The Hague Academy of International Law, and have conducted extensive research at the Peace Palace Library in The Hague as co-counsel for the Michigan Nuremberg Campaign. I have served as a defense attorney in six Plowshares cases and other civil resistance to nuclear weapons cases in the U.S. and was lead author of an exhaustive Brief in Support of a Citizens' Petition to State and Federal Authorities entitled, "In re: Request for Investigation/Prosecution of Officers and Directors of Williams International Corporation and Commanders of Wurtsmith Air Force Base (Headquarters of the Strategic Air Command 40th Air Division, 379th Bombardment Wing in Oscoda, Michigan."¹⁵ A fuller resume follows below.

Questions

I. The U.S., Germany and NATO know that each and every B61-3 and B61-4 nuclear bomb is designed and intended to unleash uncontrollable and indiscriminate heat, blast and radiation. The B61-3 is a 170-kiloton nuclear weapon. The B61-4 is a 50 kiloton weapon.¹⁶ Therefore, any planning, preparation, possession, deployment, threat or use of any variant of the B61 nuclear bomb, as a matter fact, violates peremptory rules of law including the laws of war, the rules and principles of humanitarian law or the Nuremberg Principles.

A. It is my opinion the International Court of Justice (ICJ Reports, 8 July 1996) made it eminently clear that nuclear weapons including any variant of the B61 and the rule of law cannot coexist. The fundamental rules and principles of humanitarian law or the specific rules of law which limit the use of force are peremptory and binding international law as well as binding U.S. and German law. No U.S. or German statute or treaty or agreement can be interpreted to abrogate these laws of war or authorize their infraction nor can valid contracts be let for weapons or weapons systems which categorically violate these basic rules.

B. It goes without saying that all rules of law apply to facts. The U.S., Germany and NATO prepare, deploy, and threaten 20 B61 nuclear bombs at Büchel Air Force Base, each at least three times the heat, blast and radiation of the Hiroshima bomb, with clear understanding of their calamitous effects.

1. "The Effects of Nuclear War" the 1950 Department of Defense (DOD) study was based in part on the results of the findings of the US Atomic Bomb Casualty Commission in "studies" of survivors of the US atomic incineration of Hiroshima and Nagasaki in which 200,000 people died of acute effects by the end of 1945. Numerous studies of Hibakusha and effects of nuclear tests were summarized in the testimony of the Mayors of Hiroshima and Nagasaki and Lijon Eknilang of

14

15

16

the Marshall Islands in the oral arguments before the International Court of Justice and are summarized in Judge C. G. Weeramantry's opinion.¹⁷

2. A recent study concludes that the use of even 100 Hiroshima-sized nuclear weapons could create a nuclear winter and threaten "the continued survival of the bulk of humanity."¹⁸

3. The International Court of Justice described the known and intended effects of any nuclear weapon:

"The destructive power of nuclear weapons cannot be contained in either space or time. They have the potential to destroy all of civilization and the entire ecosystem of the planet.

"The radiation released by a nuclear explosion would affect health, agriculture, natural resources and demography over a very wide area. Further the use of nuclear weapons would be a serious danger to future generations. Ionizing radiation has the potential to damage the future environment, food and marine ecosystem, and to cause genetic defects and illness in future generations" (ICJ Reports, 8 July 1996, § 35).

C. At this point in time, there is no actual factual dispute. All nuclear weapons are ipso facto indiscriminate and uncontrollable and thus categorically violate the rules and principles of humanitarian law. These fundamental and intransgressible rules are both strict conventional and customary rules of international law as well as common and statutory laws of the U.S. and Germany.

1. As concluded by the ICJ, the fundamental rules and principles of humanitarian law which prohibit the weapons prepared or deployed at Büchel Air Force Base include:

a) "States must never make civilians the object of attack and must consequently never use weapons that are incapable of distinguishing between civilians and military targets" (ICJ Reports, § 78). A corollary is that it is prohibited to use weapons that cause uncontrollable effects [1977 Protocol I to the Geneva Conventions, Art. 51(4)]. Use of any US nuclear weapon is unlawful per se because even if targeted at military objects, the effects still are indiscriminate and uncontrollable.

b) "[I]t is prohibited to cause unnecessary suffering to combatants: it is accordingly prohibited to use weapons causing them such harm or uselessly aggravating their suffering." [ICJ Op., § 78; 1907 Hague Convention IV, Art. 23(e)]. 18 USC 2441 directly incorporates key provision as follows: (2) prohibited by Article 23, 25, 27, or 28 of the Annex to Hague Convention IV, Respecting the Laws and Customs of War on Land, signed 18 October 1907.

c) The "Martens Clause" also constitutes a fundamental rule. "In cases not covered by this Protocol or other international agreements, civilians and combatants remain under the protection and authority of the principles of international law derived from established custom, from the principles of humanity and from the dictates of the public conscience." (ICJ Reports, 8 July 1996, § 78)

d) "The Court finds that as in the case of the principles of humanitarian law applicable in armed conflict [which protects nonbelligerent states from incursion or trans-border damage], international law leaves no doubt that the principle of neutrality ... which is of a fundamental character similar to that of the humanitarian principles and rules, is applicable ... to all international armed conflict, whatever type of weapons might be used." (ICJ Reports, 8 July 1996, § 89)

e) "Further these fundamental rules are to be observed by all States whether or not they have ratified the Conventions that contain them, because they constitute intransgressible principles of international customary law." (ICJ Reports, 8 July 1996, § 79)

f) "If an envisaged use of weapons would not meet the requirements of humanitarian law, a threat to engage in such use would also be contrary to that law." (ICJ Op., § 78) Any use in self-defense or reprisal would likewise be unlawful for the same reasons.

17

18

2. Since any use of any variant of the B61 nuclear bomb would cause indiscriminate harm and unnecessary suffering, the threat of such use is likewise unlawful (illegal and criminal). The specific intent of all plans and preparations for any threat or use of any nuclear weapon, including all production, refurbishment, replacement and deployment, is to inflict vast and uncontrollable suffering, death and environmental devastation; The planning, preparation, or conspiracy to threaten or use these nuclear bombs also is unlawful, that is both illegal and criminal, as defined by the Nuremberg Charter and applied by the Nuremberg Tribunals.¹⁹

3. These provisions apply equally in times of formal peace or in times of war. An honest assessment of the intended effects of every version, and every possible use, and any variant of the B61 nuclear bomb²⁰ demands the conclusion that every detonation of every B61 bomb would violate the rules and principles of law applicable for and in armed conflict as outlined above.

4. The obligation to adhere to the basic rules and principles of humanitarian law as outlined above is “fundamental” and “intransgressible” and thus peremptory. These obligations “owed erga omnes are ‘the concern of all states,’ and all states have a ‘legal interest in their protection.’”²¹

5. While there is not yet a treaty providing specific steps for abolishing nuclear weapons, the 2017 Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) will become international law when another 31 states have ratified it. No treaty or its absence can authorize any use, threat, production, or preparation of weapons which as a defined intended category cannot be used within the laws of war. The London Charter and the Nuremberg Tribunals make it clear that those rules and principles preempt contrary domestic law.

II. The U.S. and Germany breach the Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT) Article VI disarmament obligation and NPT Articles I and II prohibitions against “nuclear sharing” by continuing planning, preparation, possession, deployment/threat or use of B61 nuclear bombs at Büchel Air Force Base.

A. Realization of the fundamental unlawfulness of nuclear weapons owing to their inherent indiscriminate and uncontrollable effects as set forth in Section I above, has led to formal commitments to nuclear disarmament and general and complete disarmament.

B. Article VI of the Treaty on the Nuclear Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) to which the United States and Germany are contracting States Parties, states as follows: “Each of the Parties to the Treaty undertakes to pursue negotiations in good faith on effective measures relating to cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament, and on a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control.” (<http://www.un.org/disarmament/WMD/Nuclear/NPTtext.shtml>).

1. The International Court of Justice found unanimously that: “There exists an obligation to pursue in good faith and bring to a conclusion negotiations leading to nuclear disarmament in all its aspects under strict and effective international control” (ICJ Op 8 July 1996, § 105 (2) F.). And the ICJ found that the NPT’s Article VI disarmament obligation “remains without any doubt an

19

20

21

objective of vital importance to the whole of the international community today.” (ICJ Reports, 8 July 1996, § 103); and that the obligation goes beyond mere conduct to an obligation to achieve a particular result; “to bring to a conclusion” negotiations in “good-faith” (ICJ Reports 8 July 1996 § 105).

2. Fulfillment of NPT Article VI is “essential to the accomplishment of the object or purpose of the treaty”²² which is stated in pertinent part in the Preamble to the NPT.²³ Likewise, the US and all other NPT nuclear weapons states have expressed continuing concern in the NPT Review Conferences, with the necessity to adhere to humanitarian law and to take specific steps toward disarmament.

a. The Final Document of the 2010 NPT Review Conference adopted by all participating States reaffirms the NPT States Parties’ “deep concern at the catastrophic consequences of any use of nuclear weapons, and reaffirms the need for all states at all times to comply with applicable international law including international humanitarian law.”

b. The 2000 NPT Review Conference Final Document reiterated in some detail the NPT parties commitment to nuclear disarmament including “the unequivocal undertaking by the nuclear weapons states” of practical and progressive steps including” and “concrete agreed measures to further reduce the operational status of nuclear weapons systems.” (Part I, Art.VI, §§15.6 & 15.9).

c. Likewise, the legal meaning of good faith in this context has been well documented.²⁴

d. While official statements purport to show that the US retains its commitment to “peace and security in a world free of nuclear weapons,”²⁵ certain practices run afoul of such a commitment. These include the U.S. through its the DOE/NNSA continuing to let major contracts for production of B61-12²⁶ slated as replacement for the B61 are clearly the opposite of an “unequivocal undertaking by the nuclear weapons states to accomplish the total elimination of their nuclear arsenals” (NPT, Article VI), and the object and purpose of the NPT, as spelled out in the preamble includes, ‘to undertake effective measures in the direction of nuclear disarmament.’”²⁷

In addition the U.S. and Germany through deployment, threat or use of B61 nuclear weapons at Büchel Air Force Base act in direct violation of NPT Article s I and II. “Article I which prohibits nuclear weapon states that are parties to the NPT from sharing their weapons with non-nuclear states” and Article II [which] contains a parallel commitment on the part of non-nuclear states parties not to receive them.”²⁸

III) It is my opinion that Gerd Friedrich Büntzly correctly asserts that this conviction must be reversed because all citizens of U.S., Germany or other NATO countries who know of the planning, preparation, possession, deployment/threat or use of the indiscriminate and uncontrollable B-61 nuclear bombs at Büchel Air Force Base have a right or duty to non-violently or symbolically resist complicity with those inherently unlawful nuclear bombs.

The Nuremberg Tribunals made it very clear and all courts in Germany surely recognize that the “legal duty to comply with international law binds every citizen just as ordinary municipal law.”²⁹

22
23
24
25
26
27
28
29

In the Zyklon B case, the defendants supplied prussic acid for use in the concentration camps and were convicted as civilians as accessories to violations of the law.

“Any civilian who is an accessory to a violation of the laws and customs of war is himself also liable as a war criminal.”³⁰

All the resisters involved in this case were saying is, “We cannot, as humans or citizens, be complicit in such egregious violations of humanitarian law and the Nuremberg Principles. We cannot be complicit in every day in planning, preparation, possession, deployment, threat or use of 20 B61s U.S. nuclear bombs at Büchel Air Force Base. We assert our right and duty to point out and call for an end to these violations of fundamental law.”

Conclusion

Self-destructive denial of the calamitous effects of nuclear weapons has led military institutions and governments to fail to adhere to fundamental humanitarian law and the Nuremberg Principles, even as these rules and principles are the bedrock of their legitimacy and firmly enshrined in their codes of conduct. Instead, the U.S. and NATO now serve corporations which demand continuing profits for unusable, untenable and unlawful nuclear weapons.

Nuclear weapons’ ever-present capacity for and threat of regional and global catastrophes requires that we understand the rule of law as implemented by agreement not enforced by ever-greater violent force. We can do that by proceeding toward complete nuclear disarmament in good faith.

The role of the courts in general and this court in particular, in solving this most central problem of our time can not be overstated. In my opinion, this court can and must uphold and adhere to basic rules and principles of law as outlined above.

In my opinion, this court can and should: thank this defendant, and reverse his conviction; advise the U.S., Germany, and NATO that they too should adhere to the law by removing all nuclear weapons from Büchel Air Force Base; and recommend that Germany ratify the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons.

I declare under penalty of perjury under the laws of the United States of America that the foregoing is true and correct.

Executed on January 11, 2019 at Mackinaw City, Michigan

Signed:

Anabel L. Dwyer

Resume of Anabel L. Dwyer

1. I hold a J.D. from Thomas M. Cooley Law School and am a member of the State Bar of Michigan and its International Law Section. I have been employed as an Adjunct Professor of Human Rights and Humanitarian Law at T. M. Cooley Law School, as a research attorney for the Michigan Court of Appeals and for general practice attorneys in Michigan.
2. I was a member of the International Association of Lawyers Against Nuclear Arms' Legal Team for the World Court Project during the 1995 oral arguments before the International Court of Justice (ICJ) on the "Legality of the Threat or Use of Nuclear Weapons" (ICJ Reports, 8 July 1996). I was on the drafting committee for the Model Nuclear Weapons Convention. I hold a Certificate of Attendance from the 1990 Summer Session on Public International Law from The Hague Academy of International Law and am a Member of the Board of Directors of the Lawyers' Committee on Nuclear Policy.
3. For more than thirty years I have been teaching, lecturing and publishing on nuclear weapons and the rule of law. The rule of law we develop to secure and protect our lives and future cannot coexist with a "rule of law" which "justifies" nuclear weapons which threaten our existence.
4. My publications include: "How and Why International Law Prohibits The Use or Threat of Use of Nuclear Weapons and Applies to Michigan Courts, Ramsey Clark's Testimony Annotated," June 1991 (In People of Michigan v. Michelle Martin, et al (Michigan 52nd District 1st 88-003767 thru 88-003779, Mar. 16, 1989); "The Model Nuclear Weapons Convention: A Way out of the Nuclear Quagmire," MSU-DCL Journal of International Law, 9:2, Summer 2000; "U.S. Courts and Cases of U.S. Civil Resistance to Nuclear Weapons: Implementing a coherent rule of law," Waseda International Conference Commemorating the Hague International Peace Conference, Nuclear Weapons Abolition and the Law: Agenda and Actors, Waseda, Tokyo, August 1-2, 2001; "Courts and Universities as Institutions in the National Security State," A. Dwyer & D. Dwyer, In Democracy's Shadow: The secret world of national security, Raskin, Marcus G., and A. Carl LeVan, eds. 2005 New York: Nation Books; "From the ICJ (International Court of Justice) to the IJC (International Joint Commission on Great Lakes Water Quality), Abolishing Nuclear Weapons: Lawyers' Responsibilities"(Fall, 2009 Michigan International Lawyer); and "Nuclear Vulnerability", The Mail, The New Yorker, Apr.15, 2015. I am also co-editor of "This is My Homeland: Stories of the Effects of Nuclear Industries by People of Serpent River First Nation and the North shore of Lake Huron, Anishnabe Press, 2003. I have also signed and drafted numerous petitions including: "Immediate and Unconditional Release of the Y-12 13 Resisters" (Michigan Peace Network, 2011-2012).
5. I studied the details of the law and nuclear weapons for five months, in 1990, when I conducted extensive research at the Peace Palace Library in The Hague on international law and nuclear weapons. As a result I was co-counsel for The Michigan Nuremberg Campaign and lead author of an exhaustive Brief in Support of a Citizens' Petition to State and Federal Authorities entitled, "In re: Request for Investigation/Prosecution of Officers and Directors of Williams International Corporation (designers, testers and manufacturers of the cruise missile engine in Walled Lake Michigan) and Commanders of Wurtsmith Air Force Base (Headquarters of the Strategic Air Command 40th Air Division, 379th Bombardment Wing in Oscoda, Michigan)" (Michigan Faith and Resistance, 106 pgs., 8 Declarations, and 2 Exhibits, Aug. 6, 1991). The petitioners sought redress of grievances through investigation and prosecution of those named for conspiracy to produce, deploy and plan to use or threaten to use nuclear weapons in violation of international and domestic law. The result, whether directly or indirectly, was closure of Wurtsmith Air Force Base and

transfer of cruise missile engine manufacture outside of Michigan. Michigan Faith and Resistance, **Michigan** Nuremberg Campaign Brief (103 pgs.) & Declarations
<https://www.dropbox.com/s/ra0sj24ki7dte5d/Brief%20for%20The%20Nuremberg%20Campaign.pdf?dl=0> Ramsey Clark's Testimony Annotated
<https://www.dropbox.com/s/4gwe0ur5dfu6mq/ClarkTestamonyAnnotated.pdf?dl=0>

6. I have acted as and been admitted as a pro bono Advisory Defense Attorney in numerous cases involving non-violent or symbolic civil resistance to production, preparation, threat or use of US nuclear weapons.

7. I received a B.A. from Wellesley College and a Masters in Urban Planning (MUP) from Michigan State University. My 1979 Masters thesis "Planning for Energy Sustainable Futures" was based on community work at Urban Options, an ongoing Conservation and Appropriate Technologies Demonstration project in East Lansing Michigan. My full resume is available upon request.

3. Diese [völkerrechtlichen] Bestimmungen sind gleichermaßen in Zeiten formellen Friedens wie zu Kriegszeiten gültig. Wenn man die beabsichtigten Effekte jeder Version der B61 Atombombe³¹ und jede mögliche Alternative ihres Einsatzes redlich bewertet, kommt man unweigerlich zu der zwingenden Schlussfolgerung, dass jede Explosion einer solchen Bombe die Bestimmungen und Grundsätze des Völkerrechts, die für und während bewaffneter Konflikte gelten, verletzen würde.

4. Die Verpflichtung, den grundlegenden Regeln und Prinzipien des Humanitären Völkerrechts zu genügen, ist „elementar“ und „darf niemals verletzt werden“, ist somit unabweisbar. Diese bindenden Verpflichtungen wirken „erga omnes“, also absolut gegenüber Jedermann, und sind „ein Anliegen aller Staaten und alle Staaten haben ein rechtliches Interesse daran, dass diese Regeln beachtet werden.“⁸

5. Zwar gibt es zur Zeit noch kein völkerrechtliches Abkommen, das konkrete Schritte zur Abschaffung aller Kernwaffen vorsieht, aber der Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen (NVV) aus dem Jahr 2017 wird Bestandteil des Völkerrechts, sobald weitere 31 Staaten ihn ratifiziert haben. Kein Vertrag oder auch das Fehlen eines solchen völkerrechtlichen Vertrages kann jedoch zum Einsatz, die Drohung [mit ihrem Einsatz], die Herstellung oder Vorbereitung solcher Waffen berechtigen, die nach dem Kriegsvölkerrecht einer verbotenen Waffenkategorie zugerechnet werden. Das Londoner Statut⁹ und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse stellen klar, dass diese Regeln und Grundsätze entgegenstehendem nationalem Recht vorgehen.

II. Die Vereinigten Staaten und Deutschland verstoßen gegen Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages von Kernwaffen (NVV), der die Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung vorschreibt, und gegen Artikel I und II dieses Vertrages, die die „nukleare Teilhabe“ durch fortgesetzte Planung, Vorbereitung, den Besitz, die Stationierung, den Einsatz oder die Drohung mit dem Einsatz der B61 Atombomben in dem Luftwaffenstützpunkt Büchel verbieten.

³¹ Siehe: US Nuclear Forces 2010, Bulletin of the Atomic Scientists www.THEBULLETIN.org Mai/Juni 2010; "The B61 family of nuclear bombs," Hans M. Kristensen and Robert S. Norris, Bulletin of Atomic Scientists, Nuclear Notebook, 2014, Vol.70, No. 3, veröffentlicht online am 27. Nov. 2015, Seiten 79-84.

⁸ Barcelona Traction (ICJ Reports 1970) and The Wall case (2004 ICJ Reports), zitiert nach: Singh and Chinkin, The Maintenance and Possible Replacement of the Trident Nuclear Missile System, Peacerights, Matrix Chambers Gray's Inn, London, 2005, § 23

^{9a} Anmerkung des Übersetzers (vollständiger amtlicher Titel: *Londoner Viermächte-Abkommen vom 8. August 1945*, auch **Londoner Charta** oder **Nürnberger Charta**)

B. Die Erkenntnis, dass Kernwaffen wegen ihrer inhärenten unterschiedslosen und unkontrollierbaren Auswirkungen elementar [völker]rechtswidrig sind, wie das oben in Abschnitt I ausgeführt wurde, hat zu der formellen Verpflichtung zur nuklearen und allgemeinen und vollständiger Abrüstung geführt.

C. Der Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), den die Vereinigten Staaten und Deutschland ratifiziert haben, hat folgenden Wortlaut: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207392/b38bbdba4ef59ede2fec9e91f2a8179b/nvv-data.pdf>)

2. Der International Gerichtshof (IGH) hat einstimmig festgestellt: „Es besteht eine völkerrechtliche Verpflichtung, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluß zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen“ (ICJ Op 8 July 1996, § 105 (2) F.). Weiter hat der IGH festgestellt, dass die Verpflichtung zur Abrüstung nach Artikel 6 des NVV „für die heutige internationale Gemeinschaft ohne Zweifel ein Ziel vitaler Bedeutung bleibt“ (ICJ Reports, 8 Juli 1996, § 103); und dass diese Verpflichtung darüber hinausgeht, bloße Verhandlungen durchzuführen, um ein gewisses Ergebnis zu erzielen, sondern dass diese Verhandlungen „in redlicher Absicht“ zum „Abschluss gebracht werden müssen“ (ICJ Reports 8 Juli 1996 § 105).

2. Die Verpflichtung aus Artikel VI des NVV zu erfüllen, ist „essentiell um Ziel und Zweck dieses Vertrages zu erreichen⁹. Dieses Ziel ist in der Präambel des NVV festgehalten.¹⁰ Dementsprechend haben auch die Vereinigten Staaten und alle anderen Kernwaffenstaaten bei den Überprüfungskonferenzen zum NVV ihr fortbestehendes Anliegen bekundet, an dem humanitären Völkerrecht festzuhalten und konkrete Schritte zur Abrüstung zu unternehmen.

a. Das Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des NVV aus dem Jahr 2010, das von allen Vertragsstaaten angenommen worden ist, bestätigt erneut, „die tiefe Besorgnis der Vertragsstaaten über die zerstörerischen Folgen des Einsatzes von Kernwaffen und erneuert die Notwendigkeit für alle Staaten, das Völkerrecht, eingeschlossen das humanitäre Völkerrecht, strikt und jederzeit zu beachten.“

b. Das Abschlussdokument der Überprüfungskonferenz des NVV aus dem Jahr 2000 bekräftigt detailliert die Verpflichtung der Vertragsstaaten des NVV zur nuklearen Abrüstung, insbesondere zu uneingeschränkten praktischen Abrüstungsschritten der Kernwaffenstaaten, darunter konkrete Vereinbarungen, um den Einsatzstatus der nuklearen Waffensysteme weiter zu verringern.“ Teil I, Art. VI, §§15.6 & 15.9).

c. In gleicher Weise ist die rechtliche Bedeutung des Begriffes „in redlicher Absicht“ gut dokumentiert.³²¹¹

³²⁹ Vergleiche die Analyse von Rabinder Singh, QC, and Prof. Christine Chinkin, “The Maintenance and Possible Replacement of the Trident Nuclear Missile System,” in Peacereights, Matrix Chambers Gray’s Inn, London, 2005, § 80

¹⁰ “In Anbetracht der Verwüstung eines Nuklearkrieges, die die gesamte Menschheit treffen würde und im Hinblick auf die daraus resultierende Notwendigkeit, jede Anstrengung zu unternehmen, um die Gefahr eines solchen Krieges abzuwenden und Maßnahmen zu ergreifen, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten

d. Während offizielle Verlautbarungen vorgeben, dass die Vereinigten Staaten an ihrem Bekenntnis zu „Frieden und Sicherheit in einer kernwaffenfreien Welt“¹² festhalten, laufen gewisse Praktiken [der USA diesem Bekenntnis] zuwider. Das Energieministerium der Vereinigten Staaten (Department of Energy, DOE) und die angeschlossene Behörde für Nationale Nukleare Sicherheit (National Nuclear Security Administration, NNSA) vergeben fortlaufend wichtige Verträge zur Herstellung von B61-12 Atombomben¹³³, die als Ersatz für die B61 Bomben gelistet werden. Dies ist ganz klar das genaue Gegenteil zu dem einmütigen Vorhaben der Kernwaffenstaaten, die vollständige Beseitigung ihrer Kernwaffenarsenale zu erreichen (vgl. NVV Artikel VI) Und widerspricht Ziel und Zwecken des NVV, wie sie in seiner Präambel festgelegt sind, nämlich wirksame Maßnahmen in Richtung auf die nukleare Abrüstung zu ergreifen.¹³⁴ Zusätzlich ist anzumerken, dass die Vereinigten Staaten und Deutschland unmittelbar gegen Artikel I und II des Nichtverbreitungsvertrages verstoßen, indem sie am Luftwaffenstützpunkt Büchel B61-Bomben stationiert haben und zu ihrem Einsatz bereit sind oder mit dem Einsatz drohen. Artikel I des NVV verbietet den Kernwaffenstaaten, die diesem Vertrag beigetreten sind, ihre Kernwaffen mit Nicht-Nuklear-Staaten zu teilen. Artikel II des NVV enthält die Entsprechung für Nicht-Kernwaffenstaaten, die verpflichtet sind, keine Kernwaffen zu empfangen.¹³⁵

III. Nach meiner Ansicht verlangt Herr Gerd Friedrich Büntzly mit vollem Recht, das seine Verurteilung aufgehoben werden muss. Denn alle Bürger in den Vereinigten Staaten, Deutschland oder anderen NATO-Staaten, die von den B-61 Atombomben wissen, die in Fliegerhorst Büchel einsatzbereit vorgehalten werden, mit deren Einsatz gedroht wird und die unbeherrschbare Zerstörungen und unterschiedslose Zerstörungen verursachen, haben das Recht oder [sogar]die Pflicht, gewaltlos oder symbolisch Widerstand zu leisten gegen diese ihrer Natur nach völkerrechtswidrigen Atombomben.

In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurde es ganz deutlich ausgesprochen und sicherlich werden es auch alle deutschen Gerichte anerkennen, dass die Rechtspflicht, das Völkerrecht zu beachten jeden Bürger genauso bindet, wie die Pflicht, den innerstaatlichen Gesetzen Folge zu

In dem Wunsch, die internationale Entspannung zu fördern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken, damit die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, die Auflösung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel aus den nationalen Waffenbeständen aufgrund eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtert wird

eingedenk dessen, dass die Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen und dass die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter möglichst geringer Abzweigung menschlicher und wirtschaftlicher Hilfsquellen der Welt für Rüstungszwecke zu fördern ist“

¹¹ Siehe Legal Memorandum: The Question of Good Faith Negotiations Leading to the Total Elimination of Nuclear Weapons; Request for an Advisory Opinion from the International Court of Justice, International Association of Lawyers Against Nuclear Arms and International Human Rights Clinic, Human Rights Program, Harvard Law School, May 2009.

³³¹² Rede des Präsidenten Obama in Prag, 5. April 2009

³⁴¹³ Let's Stop Taking Doomsday to the Bank“, John LaForge, Duluth Reader Weekly, January 2, 2019 (Liste der Unternehmen, die von der Herstellung der Atombombe B61-12 profitieren“)

³⁵¹⁴ a.a.O.: Singh & Chinkin, Matrix Chamber, Gray's Inn, 2005 § 80

¹⁵“Nuclear Sharing in NATO: Is it Legal?“, Otfried Nassauer (Berlin Information Center for Transatlantic Security), in Science for Democratic Action, April 2001.

leisten.³⁶ In dem [Nürnberger] Prozess zu Zyklon B haben die Angeklagten Blausäure an die Vernichtungslager geliefert und sind als tatbeteiligte zu Kriegsverbrechen verurteilt worden.

Jeder Zivilist, der gegen das Kriegsrecht oder die Kriegsgepflogenheiten verstößt, wird dafür als Kriegsverbrecher verantwortlich gemacht.¹³⁷

Was die in solchen Verfahren Angeklagten, die Widerstand [gegen die Atomwaffen] geleistet haben, vorbringen läuft auf das Folgende hinaus: “Als Menschen oder als Staatsbürger dürfen wir nicht bei solchen ungeheuerlichen Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Nürnberger Prinzipien mittun. Wir dürfen uns nicht mitschuldig machen in der alltäglichen Planung, Vorbereitung des Einsatzes oder der Drohung mit ihrem Einsatz von 20 B61-Atombomben, die in Büchel stationiert sind. Wir nehmen unser recht und unsere Pflicht wahr, auf diese eklatante Verletzung fundamentaler Bestimmungen des Völkerrechts hinzuweisen und rufen dazu auf dem ein Ende zu bereiten.“

³⁶Friedman, The Law of War, a Documentary, Vol. UII, 1972, p. 1284

³⁷ UK v Tesch, Law Reports of the Trials of major war criminal, Vol. I, p. 93